



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat

Nr. 138 2010/2012

von David Roth namens der SP/JUSO-Fraktion,
Manuela Jost namens der GLP-Fraktion und
Werner Schmid namens der SVP-Fraktion
vom 14. Dezember 2010
(StB 540 vom 15. Juni 2011)

**Wurde anlässlich der
24. Ratssitzung vom
10. November 2011
abgelehnt.**

Für eine bessere Diskussionskultur

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Die politische Arbeit in der demokratischen Struktur der Stadt Luzern wird durch die verschiedenen Rollen von Stadtrat (Exekutive) und Grosser Stadtrat (Legislative) geprägt. Der Stadtrat arbeitet Vorlagen zuhanden des Parlaments aus und macht sie vor der Beratung im Parlament öffentlich. Die Veröffentlichung erfolgt unter anderem via Medien, im Internet oder in Form der direkten Kommunikation (zum Beispiel mit Informationsveranstaltungen). Den Mitgliedern des Parlaments wird spätestens gleichzeitig mit den Medien die Vorlage zugestellt, in der Regel erfolgt die Zustellung früher. So oder so erfolgt sie gemäss den Vorgaben des Geschäftsreglements.

Mit der Veröffentlichung vor der Behandlung in der entsprechenden Kommission hat der Stadtrat die Gelegenheit, die Öffentlichkeit über die Vorlage aus seiner Sicht zu informieren und seine Argumente darzulegen. Die Behandlung in der Kommission verändert die Vorlage in einigen Fällen.

Die Diskussion einer stadträtlichen Vorlage erfolgt in der Kommission, in der Fraktion und im Parlament. Durch die vorherige Veröffentlichung der Vorlage durch den Stadtrat wird diese parlamentarische Auseinandersetzung nicht gestört. Die Bevölkerung, der Souverän, erkennt aber klar die Haltung des Stadtrates. Er erkennt anschliessend das Meinungsspektrum der Kommission und erfährt letztlich die Haltung des Parlaments. Als Exekutive hat der Stadtrat den Auftrag, seine Vorlagen deutlich und transparent zu präsentieren und so Rechenschaft abzulegen.

Die Mediensperrfrist ist ein Instrument, den Veröffentlichungsablauf im Sinne einer klar erkennbaren Kommunikation zu steuern. Eine Sperrfrist im Nachgang der Kommissionsdebatte würde die Haltung des Stadtrates verwischen. Die Öffentlichkeit wäre gleichzeitig mit der Haltung des Stadtrates und mit der Haltung der Kommission gegenüber dem Geschäft

konfrontiert, aber ebenso mit den Haltungen der Parteien, was zu Verwirrungen führen würde.

Der Stadtrat möchte daher von der bisherigen Ablauforganisation bei der Veröffentlichung von Vorlagen nicht abweichen. Er strebt aber an, die Zustellung der Unterlagen terminlich so zu planen, dass den Fraktionsleitungen Zeit bleibt, allfällige Medienanfragen inhalts- und zeitgerecht zu beantworten. Ebenso sollen bei strategischen Vorlagen weiterhin interne Informationsveranstaltungen mit dem Parlament vor der Veröffentlichung der entsprechenden Vorlage erfolgen.

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Stadtrat von Luzern

